



CDU/CSU-Gruppe in der Fraktion der Europäischen Volkspartei  
(Christdemokraten) im Europäischen Parlament

# EuropaBrief aus Brüssel

des Parlamentskreis Europe (PKM Europe)  
von Markus Pieper MdEP & Markus Ferber MdEP

**Ausgabe September/Oktober 2013**



## „Made in“- Kennzeichnung in Gefahr

Keine neuen Zollvorschriften und verpflichtende Herkunftskennzeichnung für Produkte! Dazu traf sich der PKM Europe direkt nach der Sommerpause mit Vertretern der Wirtschaft. Industriekommissar Tajani legte im Februar einen Vorschlag zur Produktsicherheitsverordnung vor. Zukünftig soll das Land als Ursprungsland gelten, in dem der größte wertsteigernde Teil des Herstellungsprozesses stattfindet. Bislang waren u.a. entscheidende Schritte der Endfertigung maßgeblich für die Kennzeichnung. Zudem soll die „made in“- Kennzeichnung verpflichtend werden. Pieper und Ferber kritisieren: „Die geplanten Vorschriften bedeuten ein Mehr an Bürokratie für Unternehmen. Insbesondere KMU leiden darunter. Wir fordern, die bisherige Regelung zu den „made in“- Angaben beizubehalten.“

## Keine Frauenquote für den Mittelstand

Die geplante Frauenquote für börsennotierte Unternehmen sorgt weiter für Streitigkeiten im Europäischen Parlament. Der PKM Europe forderte in einem Treffen mit der Berichterstatterin, weiteren Abgeordneten der EVP-Fraktion sowie Vertretern der Wirtschaft, die Einführung der Frauenquote bei börsennotierten Unternehmen zu verhindern. Ein Streitpunkt betrifft zudem die Ausnahmen für KMU. „Die von der Politik vorgeschriebene Frauenquote ist grundsätzlich keine Lösung, aber die Ausnahmen für KMU auch noch zu streichen, wie von der Berichterstatterin Rodi Kratsa-Tsagaropoulou geplant, geht zu weit“, so Pieper und Ferber.

In dieser Woche fangen die Verhandlungen über Kompromisse an. Am 14. Oktober findet die Ausschussabstimmung statt.



PKM Europe Treffen zur „made in“- Kennzeichnung

## Berichtspflicht für Soziales Engagement?

Der PKM Europe setzt sich klar für das Prinzip der Freiwilligkeit bei sozialem Engagement ein. Soziales Handeln von Unternehmen muss künftig auch freiwillig bleiben. Der Vorschlag von EU-Kommissar Barnier von April 2013 sieht eine zukünftige Berichtspflicht von Unternehmen vor. Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern müssten dann über ihr Engagement im Umwelt- und Sozialbereich berichten. Der PKM Europe fordert die Kommission auf, diese Berichtspflicht zu überdenken. „Soziales Engagement ist wichtig, aber deshalb muss man es nicht europaweit regulieren“, so Pieper und Ferber.

Markus.Pieper@europarl.europa.eu  
Markus.Ferber@europarl.europa.eu

